

Wählen und abstimmen – zwei Seiten einer Medaille?

Eine Analyse am Beispiel des Volksentscheids zum Nichtraucherschutz in Bayern

Harald Schoen

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Erschienen in: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland, PVS Sonderheft 45, 2012, Baden-Baden: Nomos, 514-535.

Zusammenfassung: Die Abhandlung vergleicht die Determinanten von Wahl- und Abstimmungsverhalten am Beispiel des Volksentscheids zum Nichtraucherschutz in Bayern. Gestützt auf eine theoretische Analyse institutioneller und politisch-kommunikativer Unterschiede beider Verfahren zeigt der Aufsatz, dass hinsichtlich der Teilnahmeentscheidung bei Landtagswahl und Volksentscheid in einigen Hinsichten ähnliche Regelmäßigkeiten gelten, in anderen Hinsichten jedoch merkliche Unterschiede auftreten. Für die Wahl- und die Stimmentscheidung werden dagegen vollkommen verschiedene Determinantenmuster nachgewiesen. Befunde zum Wahlverhalten können daher nicht unbesehen auf Abstimmungsverhalten übertragen werden. Abschließend werden Implikationen und Grenzen der Analyse diskutiert.

Voting in elections and in referendums – two sides of the same coin?

An analysis of the referendum on no-smoking policy in Bavaria

Abstract: This article examines the determinants of voting behavior in elections and in referenda in comparative perspective. It analyzes the differences between elections and referenda in terms of institutions and political communications and infers several hypotheses. Utilizing data from a survey conducted during the campaign before the Bavarian referendum on non-smoking policy, the analysis demonstrates that the determinants of electoral and referendum participation resemble each other quite closely in some respects, while they differ considerably in others. The determinants of vote choice in the referendum and the election differ profoundly. When studying referendum behavior it is thus not warranted to indiscriminately draw on findings concerning electoral behavior.

1. Einleitung

War es lange Zeit vollkommen angemessen, die Bundesrepublik als rein repräsentative Demokratie zu charakterisieren, so hat sich dies in den letzten beiden Jahrzehnten merklich geändert. Gewiss, auf der Bundesebene gibt es auch heute, trotz entsprechender Initiativen im Zuge der Wiedervereinigung (Evers 1991) und seitens der rot-grünen Koalition (Jung 2002) sowie wiederkehrender tagespolitischer Forderungen, keine direktdemokratischen Verfahren. Auf der Landes- und der kommunalen Ebene wurden jedoch, soweit sie noch nicht existierten, direktdemokratische Verfahren eingeführt, so dass diese Instrumente – wenn auch in unterschiedlicher Ausgestaltung – nun flächendeckend zur Verfügung stehen (z.B. Kost 2008: 38-51). Diese direktdemokratischen Möglichkeiten stehen nicht nur auf dem Papier, sondern werden von Bürgern tatsächlich genutzt. So sind auf kommunaler Ebene mittlerweile über 5.000 Bürgerbegehren und mehr als 2.000 Bürgerentscheide zu verzeichnen (Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie 2010). Auf Landesebene sind die Anwendungsfälle notwendigerweise deutlich weniger zahlreich, doch deuten auch sie auf eine beträchtliche Nutzung hin. Beispielsweise fanden in Hamburg seit der Einführung dieser Institution im Jahr 1996 bereits sechs Volksentscheide, aber nur vier Wahlen statt (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2010); in Bayern wurden seit 1990 fünf Landtagswahlen abgehalten, aber acht Volksentscheide, von denen vier aus Volksbegehren hervorgingen (Weixner 2011).

Direktdemokratische Verfahren sind in Deutschland – wie in anderen westlichen Demokratien (LeDuc 2002a) – also auf dem Vormarsch, doch wissen wir bisher praktisch nichts darüber, wer diese Verfahren in Deutschland in welcher Weise und aus welchen Gründen nutzt. Dazu trägt zum einen bei, dass sich die Forschung zu direktdemokratischen Verfahren in Deutschland bislang vergleichsweise stark auf institutionelle Fragen konzentriert (z.B. Pehle 1998; Jung 2001; Oberreuter 2002; Decker 2005), direktdemokratische Willensbildungsprozesse vorzugsweise auf der Aggregatebene betrachtet (Mittendorf 2009; Eder 2010) und Beweggründe individuellen Handelns in direktdemokratischen Verfahren allenfalls indirekt untersucht hat (z.B. Jung 1997). Zum anderen orientiert sich die politikwissenschaftliche Verhaltensforschung stark an den repräsentativen Kernelementen der liberalen Demokratie und ist daher größtenteils Wahlforschung. Soweit sie andere Formen politischer Partizipation betrachtet (Steinbrecher 2009), schenkt sie der Nutzung direktdemokratischer Verfahren bislang praktisch keine Aufmerksamkeit. Die resultierende Forschungslücke könnte man mit Hilfe von Befunden zur Nutzung direktdemokratischer

Verfahren in anderen Ländern (etwa Bowler/Donovan 1998; Kirchgässner u.a. 1999; Kriesi 2005; Hobolt 2009) oder mit Erkenntnissen zum Wahlverhalten in Deutschland (z.B. Falter/Schoen 2005; Pappi/Shikano 2007) zu schließen suchen. Da politisches Verhalten in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und institutionellen Kontext variieren kann (Goodin/Tilly 2008), ist jedoch nicht ohne weiteres vom Erfolg eines solchen Versuchs auszugehen. Zugleich ist nicht auszuschließen, dass bestimmte Regelmäßigkeiten für Abstimmungsverhalten in verschiedenen Kontexten oder für Verhalten bei Wahlen und Abstimmungen gleichermaßen gelten. Ob und inwieweit das zutrifft, wissen wir jedoch nicht, weil die notwendigen systematischen Vergleiche fehlen (siehe aber Sinnott 2002).

Die vorliegende Abhandlung sucht einen Beitrag zu leisten, diese Lücke zu schließen, indem sie Verhaltensregelmäßigkeiten im Wahl- und Abstimmungsverhalten auf subnationaler Ebene in Deutschland empirisch untersucht. Dazu werden auf der Grundlage einer Analyse institutioneller und politischer Charakteristika von Wahlen und Abstimmungen Hypothesen darüber entwickelt, wie sich die Determinanten der Abstimmungs- und Wahlteilnahme sowie des Sachvotums und der Parteientscheidung mit Bezug auf einen Beispielsfall, nämlich den 2010 in Bayern durchgeführten Volksentscheid zum Nichtraucherschutz, unterscheiden sollten. Nach einer kurzen Darstellung von Daten und Operationalisierungen werden die empirischen Befunde vorgestellt. Der Aufsatz schließt mit einer Zusammenfassung zentraler Ergebnisse und einer Diskussion von Implikationen.

2. Theoretische Überlegungen

Bürgern steht ein reiches Repertoire an politischen Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung (Teorell u.a. 2007; van Deth 2009). Die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sind dabei den verfassten Partizipationsformen zuzurechnen, da sie sich auf staatlich regulierte und organisierte Verfahren beziehen (Kaase 1997). Zugleich gehören sie im institutionellen Gefüge unterschiedlichen Arenen an (Jung 2001). Wahlen sind unverzichtbarer Bestandteil einer repräsentativen Demokratie, da in ihnen Bürger Repräsentanten auf Zeit mit der Befugnis betrauen, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen. In Sachabstimmungen treffen Bürger solche Entscheidungen hingegen selbst. Wahlen sind daher der repräsentativdemokratischen, Abstimmungen dagegen der direktdemokratischen Arena zuzuordnen, die in der Bundesrepublik unterhalb der Bundesebene die vorherrschende repräsentativdemokratische Arena ergänzt.

In Deutschland treten in der direktdemokratischen Arena verschiedene Typen von Volksentscheiden auf. Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die eine politisch besonders interessante Form, nämlich auf aus Volksbegehren hervorgegangene Volksentscheide (Schiller 2007: 116-118).¹ Solche von Bürgern initiierte Abstimmungen beziehen sich häufig auf Forderungen, die in der repräsentativdemokratischen Arena keine Mehrheit oder sogar überhaupt kein Gehör gefunden haben, und bringen insofern Repräsentationsschwächen der zentralen repräsentativdemokratischen Akteure, also vornehmlich der Parteien, zum Ausdruck. Daher ist es wohl kein Zufall, wenn bei Volksentscheiden dieser Art andere politische Konfliktlinien und andere kollektive Akteure als in der repräsentativdemokratischen Arena eine herausragende Rolle spielen (siehe dazu etwa LeDuc 2002b).

Wahlen und aus Volksbegehren hervorgegangene Volksentscheide unterscheiden sich somit in Bezug auf die Entscheidungsgegenstände (Parteien/Kandidaten vs. Sachfrage) und häufig auch im Hinblick auf die zentralen Akteure und Konfliktdimensionen. Bedenkt man die kontextuelle Bedingtheit politischen Verhaltens, speziell aber die Bedeutung von Elitenkommunikation für das politische Verhalten einfacher Bürger (z.B. Key 1966; Zaller 1992), legt diese Charakterisierung die Vermutung nahe, dass man vom Wahlverhalten bekannte Regelmäßigkeiten nicht ohne weiteres auf Abstimmungsverhalten übertragen kann. Im Gegenteil, es sollte im Einzelfall geprüft werden, ob ein solcher Transfer von Befunden möglich ist.

Dies soll hier am Beispiel des Volksentscheids zum Nichtraucherschutz in Bayern geschehen, der geradezu ein Paradebeispiel für eine von Bürgern initiierte Abstimmung darstellt. Auf die von der Landtagsmehrheit aus CSU und FDP Anfang 2009 beschlossene Lockerung des Nichtraucherschutzes reagierten einige Bürger und Organisationen mit der Einleitung eines Volksbegehrens, das Ende des Jahres erfolgreich abgeschlossen wurde. Nachdem der Landtag sich im April 2010 mit dem Gesetzesentwurf „Für echten Nichtraucherschutz!“ befasst hatte, war der Weg frei für den Volksentscheid am 4. Juli 2010. Der Abstimmungskampf vor dem Volksentscheid wurde beherrscht von zwei eigens für diesen Zweck gegründeten Organisationen, der Initiative „Für echten Nichtraucherschutz!“ mit Sebastian Frankenberger von der ÖDP an der Spitze und dem Bündnis „Freiheit und Toleranz“, das die Gegner der Gesetzesverschärfung ins Leben gerufen hatten. Die zentralen repräsentativdemokratischen

¹ In deutschen Bundesländern spielen obligatorische Verfassungsreferenden eine erhebliche Rolle (Schiller 2007: 116-118). In anderen Staaten treten darüber hinaus Verfahrenstypen mit anderen institutionellen Konstellationen und anderen politischen Implikationen auf, die an dieser Stelle nicht ausführlich behandelt werden können (siehe etwa Hug/Tsebelis 2002; Hug 2004; Walter-Rogg 2008).

Akteure, also die Landtagsparteien und deren Spitzenpolitiker, hielten sich in der Auseinandersetzung eher zurück. Es resultierte ein resonanzarmer Abstimmungskampf, der von anderen als den Akteuren bestimmt wurde, die die repräsentativdemokratische Arena und daher auch Wahlkämpfe beherrschen (Schoen u. a. 2011; Weixner 2011).

Im Folgenden wird analysiert, inwieweit für das Stimmverhalten beim Volksentscheid die gleichen Regelmäßigkeiten wie für das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen zu erwarten sind. Dabei wird zunächst die Teilnahme an Volksentscheid bzw. Landtagswahl betrachtet, anschließend die Wahlentscheidung zwischen Parteien und das Votum für oder gegen eine Verschärfung des Nichtraucherschutzes.

2.1 Determinanten der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung

Wie andere Zweige der Forschung zur politischen Partizipation (Verba u. a. 1995; van Deth 2009) hat auch die Wahlbeteiligungsforschung verschiedene Faktorenbündel identifiziert, die die Bereitschaft, an Wahlen teilzunehmen, beeinflussen (Caballero 2005). An dieser Stelle konzentrieren wir uns auf verschiedene politische Einstellungen, die in der Diskussion über Determinanten der Wahlbeteiligung eine prominente Rolle spielen. Zu diesen gehören unter anderem politisches Interesse, die Überzeugung, politisch kompetent zu sein, die Wahrnehmung, das politische System und seine Akteure seien gegenüber den eigenen Forderungen und den Wünschen anderer Bürger responsiv, Parteibindungen und schließlich die verinnerlichte Wahlnorm (Caballero 2005: 344-353). Nun ist zu klären, inwieweit diese Determinanten der Wahlbeteiligung auch die Beteiligung an direktdemokratischen Abstimmungen beeinflussen.

Hinsichtlich der politischen Kompetenzüberzeugung ist nicht mit systematischen Unterschieden zwischen Wahl und Abstimmung zu rechnen, da sich beide Verfahren aufgrund der institutionellen Ähnlichkeiten ihrer Durchführung in den Ansprüchen an die politischen Kapazitäten der Bürger nicht wesentlich unterscheiden. In Bezug auf das politische Interesse könnte man dann Unterschiede erwarten, wenn sich die von Eliten und Massenmedien ausgehenden Mobilisierungsanstrengungen vor Wahlen oder Abstimmungen deutlich unterscheiden. Beispielsweise kann man damit rechnen, dass zu einer Bundestagswahl ein größerer Anteil weniger interessierter Bürger mobilisiert wird als zu einer Landtagswahl, und deshalb der Grad politischen Interesses die Beteiligungsentscheidung im ersten Fall weniger stark beeinflusst als im zweiten. Im Vergleich einer Wahl und eines

Volksentscheid auf Landesebene liegt es – ohne weitere Informationen – hingegen nicht nahe, gravierende Unterschiede zu vermuten.

Wirkungen von Normen, also auch der Wahlnorm, auf politisches Verhalten hängen von Kontextfaktoren ab (z.B. Kam 2007). Daher können selbst wahlpflichtbewußte Menschen von einer Beteiligung absehen, etwa dann, wenn sie den Eindruck gewinnen, die Norm habe für den anstehenden Urnengang keine Bedeutung; im Ergebnis sollte die Wahlnorm eine schwächere Wirkung auf die Beteiligungsentscheidung entfalten, wie es etwa bei Europa-, Landtags- oder Kommunalwahlen zumindest tendenziell zu beobachten ist (Huber/Rattinger 2005: 161-162). Für den Vergleich zwischen Wahl und Volksentscheid kommt es deshalb entscheidend darauf an, inwieweit Bürger die Wahlnorm in beiden Fällen als relevant ansehen. Dazu liegen bislang keine empirischen Befunde vor, so dass wir keine eindeutige Erwartung, sondern nur eine offene Forschungsfrage formulieren können.

Parteibindungen begünstigen die Teilnahme an Wahlen nicht zuletzt deshalb, weil sie sich auf die zentralen korporativen Akteure in der repräsentativdemokratischen Arena beziehen (Campbell u.a. 1960). Personen, welche die Partei, mit der sie sich identifizieren, unterstützen wollen, werden an der jeweiligen Wahl teilnehmen. In direktdemokratischen Verfahren können Parteien wichtige Akteure sein, das muss aber nicht so sein. Sofern sich Parteien bei einer Volksabstimmung engagieren – bis hin zu dem Grenzfall, dass eine Volksabstimmung gewissermaßen eine Fortsetzung der Auseinandersetzung in der repräsentativdemokratischen Arena bildet und damit gleichsam zu einer Wahl zweiter Ordnung (etwa Garry u. a. 2005) wird –, sollten Parteibindungen ähnlich positive Wirkungen auf die Beteiligung entfalten wie bei Wahlen. Halten sich die Parteien aus einem Volksentscheid hingegen heraus, dürfte von Parteibindungen kaum eine Wirkung auf die Stimmbeteiligung ausgehen. Die bayerischen Parteien beteiligten sich am Abstimmungskampf vor dem Volksentscheid über den Nichtraucherschutz insgesamt nur in verhaltener Weise. Die Initiative für eine Gesetzesverschärfung ging von der außerparlamentarischen ÖDP aus. Grüne und SPD stellten sich auf deren Seite, doch mit – im Vergleich zu Wahlkämpfen – deutlich begrenztem Einsatz. Für die FDP, die sich auf die Seite der Gegner schlug, gilt ähnliches. CSU und Freie Wähler (FW) schließlich verhielten sich im Abstimmungskampf neutral und unternahmen keine Mobilisierungsversuche für die eine oder die andere Seite (Schoen u.a. 2011; Weixner 2011). Folglich ist anzunehmen, dass Parteibindungen die Beteiligung an diesem Volksentscheid deutlich weniger stark beeinflussten als die Teilnahme an einer Landtagswahl. Ein Unterschied zwischen Wahl- und Abstimmungsbeteiligung ist auch in Bezug auf die politische Responsivitätsüberzeugung zu erwarten. Eine kritische Sicht auf die Responsivität

von Politikern und Parteien als zentrale repräsentativdemokratische Akteure sollte die Beteiligung an Wahlen weniger wahrscheinlich werden lassen (Campbell u.a. 1960: 105; Falter/Schumann 1994; Kleinhenz 1995: 175-176), da die Skepsis genau denjenigen Akteuren gilt, die zur Wahl stehen. Über Volksbegehren erwirkte Volksabstimmungen hingegen können gerade aus einem seitens der Bürger wahrgenommenen Responsivitätsdefizit von Parteien und Politikern resultieren, in Bayern etwa in Bezug auf die Nichtrauchergesetzgebung. Deshalb könnte der Volksentscheid gerade auch mit der Responsivität des repräsentativdemokratischen Systems unzufriedene Bürger zur Stimmabgabe mobilisieren. Folglich ist für die Beteiligung am Volksentscheid über den Nichtraucherschutz im Vergleich zur Wahlteilnahme mit einer deutlichen Abschwächung der positiven Wirkung der Responsivitätsüberzeugung auf die Beteiligung an einem Volksentscheid zu rechnen.

Zusammengefasst sind moderate Unterschiede zwischen den Determinanten der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung zu erwarten. Insbesondere Einstellungen, die sich auf die zentralen repräsentativdemokratischen Akteure beziehen, sollten beim Volksentscheid im Vergleich zu Landtagswahlen an Einfluss einbüßen.

2.2 Determinanten der Wahl- und Abstimmungsentscheidung

Um die Frage zu diskutieren, inwieweit aus der Wahlforschung bekannte empirische Regelmäßigkeiten auf Entscheidungen bei direktdemokratischen Verfahren übertragen werden können, greifen wir auf den sozialpsychologischen Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten zurück, wie er von Campbell u. a. (1956, 1960) entwickelt wurde. In seiner einfachen Form führt der Ansatz die Wahlentscheidung auf eine Trias aus Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierung zurück (siehe zur Entwicklung Schoen/Weins 2005). Eine Identifikation mit einer Partei, eine gute Bewertung ihres politischen Führungspersonals und eine positive Beurteilung der Problemlösungskompetenz und der Policy-Vorschläge der Partei steigern demnach – unabhängig voneinander – die Wahrscheinlichkeit, für die betreffende Partei zu votieren (siehe für Bayern Schoen 2008). Die Wirkungen dieser Einstellungen beruhen vor allem darauf, dass sie von Bürgern leicht mit den zur Wahl stehenden Entscheidungsmöglichkeiten, im deutschen Kontext: den Parteien, in Verbindung gebracht werden können. Im Fall der Parteiidentifikation bedarf es dazu keiner großen Anstrengung. Als anspruchsvoller kann sich diese Aufgabe bei Personen- und Sachfragenorientierungen erweisen, was sich daran ablesen lässt, dass deren Wirkung in

Abhängigkeit etwa von institutionellen, politischen und gesellschaftlichen Faktoren (z.B. Granberg/Holmberg 1988; Brettschneider 2002) erheblich variiert.

Vor diesem Hintergrund hängt die Antwort auf die Frage, inwieweit bei einem Volksentscheid Parteibindungen, Personen- und Sachfragenorientierungen das Stimmverhalten in gleicher (oder ähnlicher) Weise beeinflussen wie bei einer Wahl, davon ab, inwieweit in beiden Fällen Parteien, Personen und Sachfragen gleichermaßen mit den Entscheidungsmöglichkeiten in Verbindung gebracht werden (LeDuc 2002b). Bei Wahlen in Deutschland konkurrieren Parteien mit ihrem Spitzenpersonal um die Wählergunst, bei Volksentscheiden sehen sich Bürger hingegen vor eine sachliche Alternative gestellt. Daher scheinen Parteibindungen und Kandidatenorientierungen bei Volksentscheiden auf den ersten Blick vollkommen unwichtig. Allerdings können Parteien und Politiker vor Volksentscheiden durchaus Stellung beziehen und damit Bürgern Hinweise für das Abstimmungsverhalten geben (etwa LeDuc/Pammett 1995; Clarke/Kornberg 1996; Clarke u. a. 2004; Higley/McAllister 2002; Selb u. a. 2009). Beziehen Parteien und Politiker als zentrale repräsentativdemokratische Akteure in direktdemokratischen Verfahren eindeutig und für Bürger gut erkennbar Position, sollten von Parteibindungen und politikerbezogenen Einstellungen erhebliche oder gar dominante Wirkungen auf das Abstimmungsverhalten ausgehen (z.B. Franklin u. a. 1994; Garry u. a. 2005).

Vor dem Volksentscheid über den Nichtraucherschutz positionierten sich, wie erwähnt, einige Parteien sehr deutlich. ÖDP, Grüne und SPD exponierten sich auf der Seite der Befürworter einer Gesetzesverschärfung, die FDP hingegen auf der Seite der Gegner. Allerdings hielt sich das Engagement der Parteien – sieht man von der ÖDP ab – in recht engen Grenzen, was dazu beitrug, dass vielen Bürgern die Positionen dieser Parteien und deren Spitzenpolitikern verborgen blieben (vgl. Schoen u.a. 2011). Freie Wähler und CSU bezogen nicht eindeutig Position, vermutlich wohlüberlegt, etwa um interne Streitigkeiten zu vermeiden (siehe Budge 2001; Sinnott 2002). Dies machte es jedoch für die Bürger nicht einfacher, Parteibindungen und Einstellungen zu Spitzenpolitikern mit der Entscheidung über den Nichtraucherschutz in Verbindung zu bringen. Daher ist zu erwarten, dass Parteibindungen und Einstellungen zu Spitzenpolitikern die Stimmentscheidung über den Nichtraucherschutz, wenn überhaupt, deutlich schwächer als die Entscheidung bei Landtagswahlen beeinflussten.

Da in Volksabstimmungen über Sachfragen entschieden wird, mutet es selbstverständlich, ja geradezu trivial an, dass sachfragenbezogene Einstellungen eine größere Wirkung entfalten sollten als bei Wahlen. Gerade mit Blick auf den Vergleich zwischen Wahlen und Abstimmungen scheint es jedoch lohnend, sachfragenbezogene Einstellungen nach dem

Gegenstand zu unterscheiden. Auf den jeweiligen Abstimmungsgegenstand bezogene Einstellungen sollten tatsächlich einen erheblichen Einfluss auf die Stimmentscheidung ausüben. Es hängt jedoch ganz vom Abstimmungsgegenstand ab, inwieweit diese sachfragenbezogenen Einstellungen dieselben sind, die auch das Wahlverhalten beeinflussen (LeDuc 2002b). Entscheiden die Bürger über eine Sachfrage, die sich auf eine für den politischen Wettbewerb in der repräsentativdemokratischen Arena zentrale Dimension bezieht, sollten sich die von Wahlen bekannten Sachfragenorientierungen als wirksam erweisen. Steht jedoch eine Frage zur Abstimmung, die quer zu der in dieser Arena institutionalisierten Konfliktstruktur steht, sollten die themenspezifischen Einstellungen eine erhebliche Wirkung entfalten, die beim Wählen einflussreichen Sachfragenorientierungen hingegen wirkungslos bleiben.

Nach der Kampagnenkommunikation zu urteilen (Schoen 2010), handelte es sich beim Nichtraucherschutz um eine Frage, die sich nur schwer in die repräsentativdemokratische Konfliktstruktur einfügte. Vor allem von Befürwortern einer Gesetzesverschärfung wurde der Aspekt des Nichtraucherschutzes betont, während die Gegenseite die Volksabstimmung als ein Votum über staatliche Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und damit, wenigstens implizit, über die gern zitierte „*Liberalitas Bavariae*“ darzustellen versuchte. In die vorherrschende repräsentativdemokratische Konfliktstruktur, die von einer sozioökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Dimension bestimmt wird (Benoit/Laver 2006), lässt sich die zweite Interpretation des Volksentscheids mit ein wenig Mühe durchaus einfügen, allerdings stand sie deutlich im Schatten der ersten, die mit den traditionellen Konfliktlinien wenig gemein hat. Folglich ist anzunehmen, dass Einstellungen zu den repräsentativdemokratischen Konfliktlinien Wahl-, aber nicht Abstimmungsverhalten beeinflussten, während für Einstellungen zum Nichtraucherschutz und zu staatlicher Intervention ein spiegelbildliches Muster auftreten sollte.

Zusammengenommen sind hinsichtlich der Determinanten der Entscheidung bei Volksentscheid und Landtagswahl gravierende Unterschiede zu erwarten. Vereinfacht formuliert sollten Parteibindungen sowie Einstellungen zu Politikern und traditionellen Streitfragen nur das Wahlverhalten bestimmen, während das Abstimmungsverhalten ausschließlich von referendumsspezifischen Einstellungen beeinflusst wird.

3. Daten und Operationalisierungen

Die Analyse stützt sich auf Umfragedaten, die im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Urteilsbildung in direktdemokratischen Verfahren. Eine Analyse des Volksentscheids zum Nichtraucherschutz in Bayern 2010“ erhoben wurden. Dazu wurden vom 25. Mai bis zum 3. Juli 2010 insgesamt 4000 zufällig ausgewählte wahlberechtigte Bayern nach dem Rolling-Cross-Section-Verfahren (siehe Johnston/Brady 2002; Schmitt-Beck u. a. 2006) telefonisch befragt. Nach dem Volksentscheid wurden 2003 Respondenten nochmals befragt.² Es wurden Gewichte verwendet, die die von der Haushaltsgröße und der Zahl der Telefonanschlüsse abhängende Auswahlchance korrigieren und darüber hinaus Alter, Geschlecht und Bildungsgrad berücksichtigen.

Die Beteiligung am Volksentscheid wurde auf einer fünfstufigen Wahrscheinlichkeitsskala gemessen, die Teilnahme an einer (hypothetischen) Landtagswahl hingegen dichotom. Um die Analyseergebnisse zu beiden Beteiligungsformen möglichst einfach vergleichen zu können, wurden die Angaben zur Teilnahme am Volksentscheid dichotomisiert.^{3, 4}

In den Analysen zur Beteiligung an Volksentscheid und Landtagswahl werden dieselben unabhängigen Variablen verwendet. Das politische Interesse wird mit einer fünfstufigen Selbsteinschätzung abgebildet,⁵ ebenso die Akzeptanz der Wahlnorm.⁶ Die politische

² Die Analysen beschränken sich auf die vor dem Volksentscheid erhobenen Daten, da die in der Vor- und in der Nachabstimmungswelle erhobenen Angaben zum Stimmverhalten eine beträchtliche Konsistenz aufweisen und daher hinsichtlich der hier untersuchten Fragen zu substantiell identischen Schlussfolgerungen führen.

³ Beteiligung am Volksentscheid: „Bei Abstimmungen geben viele Leute ihre Stimme ab, andere nehmen aus unterschiedlichen Gründen nicht an der Wahl teil. Nun findet ja am 4. Juli der Volksentscheid zum Nichtraucherschutz statt. Wie ist das bei Ihnen? Werden Sie da bestimmt am Volksentscheid teilnehmen, wahrscheinlich teilnehmen, vielleicht teilnehmen, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht am Volksentscheid teilnehmen?“ (Bestimmt; wahrscheinlich; vielleicht; wahrscheinlich nicht; bestimmt nicht; habe bereits per Brief gewählt). Dichotome Beteiligungsvariable: 0 (vielleicht; wahrscheinlich nicht; bestimmt nicht; weiß nicht); 1 (bestimmt; wahrscheinlich; habe bereits per Brief gewählt). Wahlbeteiligung: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Bayern Landtagswahl wäre?“ Dichotome Beteiligungsvariable: 0 (würde nicht wählen; weiß nicht); 1 (Wahl einer Partei; würde ungültig wählen). Ergänzende Analysen mit der ordinalen Beteiligungsvariable führen zu den gleichen substantiellen Befunden wie die hier dargestellten Analysen mit der dichotomen Variable.

⁴ Beide Indikatoren überschätzen die tatsächliche Beteiligung an Volksentscheid und Landtagswahl deutlich, da sie Teilnahmeraten von über 70 bzw. 80 Prozent ausweisen. Die Ursachen für diese Verzerrung liegen in Stichprobenproblemen und Messfehlern. Bekanntlich können diese Verzerrungen auch Analysen der Bestimmungsgründe der Stimmbeteiligung beeinträchtigen, und zwar dann, wenn Prädiktorvariablen mit dem jeweiligen Fehler korreliert sind (Anderson/Silver 1986; Bernstein u. a. 2001). In unserer Analyse könnten beispielsweise Messprobleme die Ergebnisse in der zentralen komparativen Frage verzerren, sofern eine Prädiktorvariable mit den Fehlern bei der Messung der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung unterschiedlich zusammenhänge. Das ist nicht vollkommen auszuschließen und dürfte im Zweifel zu einer Überschätzung der Unterschiede in den Determinantenstrukturen von Wahl- und Abstimmungsbeteiligung führen.

⁵ Reskaliert auf den Wertebereich von 0 (überhaupt nicht) bis 1 (sehr stark).

⁶ „Nun nenne ich Ihnen einige allgemeine Aussagen zur Politik. Bitte sagen Sie mir bei jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz, eher, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen: In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.“ Fünfstufige Variable von 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu).

Kompetenzüberzeugung wird mit einem aus zwei Items bestehenden Index gemessen,⁷ der Indikator für die Responsivitätswahrnehmung setzt sich aus vier Komponenten zusammen.⁸ Die Stärke der Parteiidentifikation wird mit zwei Dummyvariablen für schwache und starke Parteibindungen erfasst. Neben diesen Merkmalen werden die formale Bildung, das Geschlecht und Lebensalter, mit einem linearen und einem quadratischen Term, als Hintergrundvariable in die Analyse einbezogen.

Im zweiten Teil der Analyse dienen die Entscheidung für oder gegen den verschärften Nichtraucherschutz sowie die Entscheidung für eine Partei bei einer (hypothetischen) Landtagswahl als abhängige Variablen. Bei der Wahlentscheidung werden Voten für CSU, SPD, FDP, Grüne, Freie Wähler und die Linke betrachtet; andere Parteien können aus Fallzahlgründen nicht berücksichtigt werden. Die Parteiidentifikation wurde mit dem in Deutschland gängigen Indikator gemessen,⁹ wobei für Anhänger von Union, SPD, FDP und Grünen jeweils eine Dummyvariable in die Analyse einbezogen wird. Als Indikator für die Einstellung zu einer in der repräsentativdemokratischen Arena zentralen Konfliktdimension wird die Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Dimension verwendet. Da unter den Bürgern keine Einigkeit über die substantiell-politische Bedeutung der Ausdrücke „links“ und „rechts“ herrscht (Jagodzinski/Kühnel 1994), ist das Messinstrument gewiss nicht ideal, aber eine zumindest vertretbare Annäherung an Einstellungen zu einer für den Parteienwettbewerb relevanten Konfliktdimension.¹⁰

Einstellungen zu individuellen repräsentativdemokratischen Akteuren wurden erhoben, indem die Respondenten um eine Bewertung führender bayerischer Politiker gebeten wurden. Im Falle von Ministerpräsident Seehofer erwies sich das als unproblematisch. Andere Politiker wie den SPD-Vorsitzenden Pronold, den FDP-Vorsitzenden Zeil und den FW-Vorsitzenden

⁷ Aussagen: „Politische Fragen sind für mich oft schwer zu verstehen.“ (umgepolt), „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ Fünfstufige Antwortvorgaben 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu). Nach Zusammenfassung der Variablen zu einem Index (Cronbachs $\alpha=0,53$) wurden die Werte auf den Wertebereich von 0 bis 1 reskaliert, wobei höhere Werte ein höheres Kompetenzgefühl anzeigen.

⁸ Aussagen: „Leute wie ich haben keinen Einfluss auf die Regierung.“, „Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.“, „Die meisten Parteipolitiker sind vertrauenswürdige und ehrliche Menschen.“, „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“ Fünfstufige Antwortvorgaben 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu). Nach Zusammenfassung der Variablen zu einem Index (Cronbachs $\alpha=0,67$) wurden die Werte auf den Wertebereich von 0 bis 1 reskaliert, so dass höhere Werte eine stärkere Kompetenzüberzeugung anzeigen.

⁹ In einem Methodenexperiment wurde der einen Hälfte der Befragten zufällig „Deutschland“ als räumlicher Bezug der Parteiidentifikation genannt, der anderen Hälfte „Bayern“. Es resultieren praktisch identische Verteilungen, weshalb die beiden Variablen zusammengefasst wurden. Zudem spricht dieses Ergebnis dafür, dass der übliche Indikator in Bayern – und wohl auch in anderen Regionen – nicht bundesspezifische, sondern ebenenunspezifische Parteibindungen misst.

¹⁰ Reskaliert auf den Wertebereich von 0 bis 1, so dass höhere Werte eine weiter rechts liegende Position anzeigen.

Aiwanger meinten jedoch über 60% der Respondenten nicht gut genug zu kennen, um sie beurteilen zu können. Bei diesen Personen konnten Einstellungen zu diesen Politikern weder das Stimmverhalten beim Volksentscheid noch bei einer (hypothetischen) Landtagswahl beeinflussen. Damit liegt eine geradezu dilemmahafte Konstellation vor. Es resultierte ein verzerrtes Bild vom Stimmverhalten, würden nur diejenigen Respondenten betrachtet, die auch andere Politiker als Horst Seehofer kennen. Der naheliegende Schluss, nur Einstellungen zu diesem, nicht jedoch zu anderen Politikern in die Analyse aufzunehmen, verbietet sich allerdings mit Blick auf die Hypothesen. Denn Seehofer nahm zum Volksentscheid öffentlich ausdrücklich eine neutrale Haltung ein, so dass sich Bürger bei der Stimmentscheidung schwerlich an ihm orientieren konnten. Die Hypothese, politikerbezogene Einstellungen beeinflussten das Wahlverhalten, nicht jedoch das Abstimmungsverhalten, könnte daher in diesem Fall allzu leicht bestätigt werden. Um eine Verzerrung der Ergebnisse zugunsten dieser Hypothese zu vermeiden, wurden zwei Analyseschritte durchgeführt: zunächst wurden nur Einstellungen zu Horst Seehofer berücksichtigt, anschließend zusätzlich Einstellungen zu Florian Pronold und Martin Zeil.¹¹

Schließlich werden volksentscheidsspezifische Einstellungen mittels zweier Indizes als unabhängige Variable einbezogen. Der Index „Nichtraucherschutz“¹² soll die Haltung zum Rauchen und zum Nichtraucherschutz erfassen, die von den Befürwortern der Gesetzesverschärfung in den Mittelpunkt der Kampagnenkommunikation gestellt wurde. Die Gegner der Gesetzesverschärfung suchten hingegen bevorzugt auf die Frage staatlicher Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen hinzuweisen. Diese Dimension soll der zweite Index „Intervention“¹³ erfassen.

4. Empirische Befunde

¹¹ Bewertung von Horst Seehofer/Florian Pronold/Martin Zeil (elfstufig von „halte überhaupt nichts von dieser Person“ bis „halte sehr viel von dieser Person“) auf den Wertebereich von 0 bis 1 reskaliert.

¹² Die Bewertungen (fünfstufig von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“) der folgenden Aussagen „Wie der Nichtraucherschutz jetzt geregelt ist, ist es genau richtig.“, „Das Problem des Nichtraucherschutzes lässt sich durch Raucherräume lösen.“, „In Speiselokalen sollte das Rauchen verboten werden.“, „Rauchen sollte überhaupt verboten werden.“, „In Festzelten sollte man rauchen dürfen.“, „In Kneipen sollte rauchen erlaubt sein.“ wurden zu einem Index zusammengefasst (Cronbachs $\alpha=0,62$) und auf den Wertebereich von 0 bis 1 reskaliert.

¹³ Die Bewertungen (fünfstufig von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“) der folgenden Aussagen „Es ist die Pflicht des Staates, Menschen vor gesundheitlichen Risiken zu schützen.“, „Um die Sicherheit der Bürger zu garantieren, sollte der Staat Freiheitsrechte des Einzelnen einschränken.“, „Der Staat sollte sich nicht in Entscheidungen des Einzelnen darüber einmischen, wie er sein Leben führt.“ wurden zu einem Index zusammengefasst (Cronbachs $\alpha=0,53$) und auf den Wertebereich von 0 bis 1 reskaliert.

Die Teilnahme an einer Wahl und die Beteiligung an einer Volksabstimmung sind zwei Möglichkeiten der politischen Partizipation, die einander auf den ersten Blick stark ähneln. Jedoch unterscheiden sie sich deutlich hinsichtlich der jeweils zentralen politischen Akteure, weshalb man in beiden Fällen unterschiedliche Determinantenstrukturen vermuten kann. Um diese Frage empirisch zu untersuchen, wurde die Beteiligung am Volksentscheid und an einer (hypothetischen) Landtagswahl in logistischen Regressionsmodellen jeweils auf dieselben Prädiktorvariablen zurückgeführt. Die Ergebnisse dieser Analysen sind in Tabelle 1 zusammengestellt.

Die empirische Evidenz weist auf eine Reihe von Ähnlichkeiten zwischen den Determinanten von Wahl- und Abstimmungsbeteiligung hin. Von der Kompetenzüberzeugung geht unter Kontrolle der übrigen potentiellen Einflussgrößen auf keine der beiden Beteiligungsentscheidungen eine eigenständige Wirkung aus. Im Gegensatz dazu steigert ein ausgeprägtes politisches Interesse die Wahrscheinlichkeit, eine Stimme abzugeben, und zwar unabhängig davon, ob bei einer Landtagswahl oder dem Volksentscheid über den Nichtraucherschutz. In beiden Fällen steigt bei einem sonst durchschnittlichen Befragten mit wachsendem Interesse die Teilnahmewahrscheinlichkeit um rund 20 Prozentpunkte an.¹⁴

- Tabelle 1 etwa hier -

Auch die Wahlnorm begünstigt unabhängig von anderen Faktoren die Beteiligung am Volksentscheid und der Wahl, allerdings in leicht unterschiedlichem Maße. Wie die Koeffizienten in Tabelle 1 zeigen, entfaltet die Wahlnorm einen tendenziell stärkeren Effekt auf die Bereitschaft, sich an einer Landtagswahl zu beteiligen, als auf die Teilnahme am Volksentscheid. In Beteiligungswahrscheinlichkeiten ausgedrückt, beträgt der Effekt im Falle der Wahlbeteiligung – ceteris paribus – gut 30 Prozentpunkte, im Falle des Volksentscheids knapp 25 Prozentpunkte. Demnach scheint die Wahlnorm von geringfügig mehr Bürgern bei einer (hypothetischen) Landtagswahl als relevant angesehen zu werden, als dies beim Volksentscheid der Fall ist.

Im Hinblick auf die Wirkung der politischen Responsivitätsüberzeugung deuten die Ergebnisse auf einen Unterschied zwischen Wahlbeteiligung und Abstimmungsteilnahme hin. Die Wahrnehmung, Politiker und Parteien kümmern sich um die Anliegen der Bürger, spielt bei der Beteiligung am Volksentscheid keine Rolle. Dieser Befund steht in Einklang mit der

¹⁴ Diese Werte wurden auf der Grundlage der Regressionsergebnisse ermittelt, indem der Grad des politischen Interesses variiert und alle anderen Prädiktorvariablen auf den passenden Mittelwert gesetzt wurden.

Charakterisierung des Volksentscheids zum Nichtraucherschutz als eines Verfahrens, das zum Teil von anderen als den in der repräsentativdemokratischen Arena etablierten Akteuren betrieben wurde. Dagegen weist die logistische Regression zur Wahlbeteiligung für die Responsivitätswahrnehmung einen statistisch signifikanten Koeffizienten aus. Dieser korrespondiert mit einem Anstieg der Beteiligungswahrscheinlichkeit um knapp 20 Prozentpunkte, wenn man sich von einer sehr kritischen zu einer sehr wohlwollenden Sicht auf Parteien und Politiker bewegt. Allerdings darf man diesen Befund nicht überbewerten, da sich kaum ein Befragter mit der Responsivität von Politikern und Parteien auch nur weitgehend zufrieden zeigt. Betrachtet man nur den empirisch relevanten Wertebereich der Responsivitätswahrnehmung, bleibt ein Anstieg der Beteiligungswahrscheinlichkeit um etwa 15 Punkte, der unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers nur noch knapp von Null verschieden ist. Wahrnehmungen der Responsivität von Parteien und Politikern spielen demnach beim Volksentscheid überhaupt keine Rolle, bei der (hypothetischen) Wahlbeteiligung nur eine allenfalls moderate.

Die Befunde zur Wirkung von Parteibindungen auf die Teilnahme an Volksentscheid und Landtagswahl bestätigen die Erwartungen weitgehend. Bei der Beteiligung am Volksentscheid ist ein statistisch signifikanter Koeffizient für die starke Parteibindung zu erkennen, dem jedoch nur ein substantiell vernachlässigbarer Anstieg der Teilnahmewahrscheinlichkeit im Vergleich zu parteipolitisch Ungebundenen entspricht (nicht tabellarisch ausgewiesen). Dagegen steigert eine schwache Parteibindung die Wahrscheinlichkeit, an einer (hypothetischen) Landtagswahl teilzunehmen, um rund 15 Prozentpunkte, eine starke Parteiidentifikation sogar um rund 23 Prozentpunkte. Die Hypothese, die beteiligungsförderliche Wirkung von Parteibindungen variere mit der Art des Verfahrens, wird von der empirischen Evidenz somit bestätigt.¹⁵

Zusammengefasst unterscheiden sich die Determinanten von Wahl- und Abstimmungsbeteiligung graduell. Lediglich Parteibindungen und Responsivitätswahrnehmungen bleiben gänzlich ohne Wirkung auf die Teilnahme am Volksentscheid, während sie die Wahlbeteiligung beeinflussen. Bei den anderen betrachteten Einstellungen lassen sich dagegen allenfalls geringfügige Unterschiede in der Wirkung feststellen.

Um zu klären, ob die Determinanten der Stimmentscheidung zwischen Volksentscheid und Landtagswahl variieren, wurden binäre bzw. multinomiale logistische Regressionsmodelle

¹⁵ Wie in Abschnitt 3 diskutiert, könnte dieser Unterschied methodenbedingt überzeichnet sein, doch spricht nichts dafür, dass es sich allein um ein Methodenartefakt handelt.

gerechnet. Darin dienen Parteibindungen, Einstellungen zu bayerischen Spitzenpolitikern, die Links-Rechts-Selbsteinstufung sowie Einstellungen zum Nichtraucherschutz und zu staatlicher Intervention als Prädiktoren. Die Ergebnisse dieser Analysen, die in Tabelle 2, 3 und 4 zusammengestellt sind, weisen auf bemerkenswerte Unterschiede in den Bestimmungsgründen des Wahl- und des Abstimmungsverhaltens hin.

- Tabelle 2, 3 und 4 etwa hier -

Die empirische Evidenz zeigt, dass Einstellungen zum Nichtraucherschutz und zu staatlichen Eingriffen in die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen das Abstimmungsverhalten stark beeinflussen. Hält man alle anderen Prädiktorvariablen in Modell 1 auf dem passenden Mittelwert konstant, steigt die Wahrscheinlichkeit, mit Ja zu stimmen, um rund 36%-Punkte, wenn man sich von einer interventionsfeindlichen zu einer interventionsfreundlichen Position bewegt. Noch stärker fällt die Wirkung der Einstellungen zum Nichtraucherschutz aus. Denn eine Bewegung von einem zum anderen Endpunkt dieser Einstellungsdimension steigert die Wahrscheinlichkeit eines Ja-Votums um 96%-Punkte. Selbst wenn man extreme Positionen ausblendet, die nur von wenigen Befragten vertreten wurden,¹⁶ lässt sich ein rapider Anstieg um 80 Prozentpunkte erkennen. Spielen diese Einstellungen bei der Entscheidung über den Gesetzentwurf für „echten“ Nichtraucherschutz die Hauptrolle, so bleiben sie ohne jede Wirkung auf das hypothetische Landtagswahlverhalten. Ganz gleich, ob man Tabelle 3 oder Tabelle 4 zugrundelegt, der Befund bleibt der gleiche: Die entsprechenden Koeffizienten erreichen nicht im Entferntesten konventionelle Niveaus statistischer Signifikanz, zu schweigen von substantieller Relevanz. Damit ist die erste Unterschiedshypothese zum Stimmverhalten bestätigt.

Ein komplementäres Muster resultiert für die Selbstpositionierung der Bürger auf der Links-Rechts-Dimension. Auf die Wahlentscheidung entfaltet sie deutliche Wirkungen.

Beispielsweise sinkt unter Kontrolle der übrigen Faktoren bei einer Person, die keiner oder einer sonstigen Partei nahesteht und auf den übrigen einbezogenen Variablen einen mittleren Wert aufweist, die Wahrscheinlichkeit, für die Linke zu stimmen, um rund 40%-Punkte, wenn man sich von einer weit linken zu einer weit rechten Selbsteinstufung bewegt. Im Gegenzug werden Votes für CSU oder Freie Wähler bei einer Bewegung nach rechts deutlich wahrscheinlicher. Nichts von alledem lässt sich für die Entscheidung über den

¹⁶ Es handelt sich dabei um jeweils rund fünf Prozent der Befragten, die auf der Einstellungsdimension kleinere Werte als 0,2 bzw. größere Werte als 0,8 aufweisen.

Nichtraucherschutz nachweisen. Wie die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen, wird der Position auf der Links-Rechts-Dimension kein statistisch signifikanter Koeffizient zugewiesen. Während die Links-Rechts-Positionierung bei der Wahlentscheidung eine beträchtliche Prognosekraft besitzt, ist sie beim Volksentscheid bedeutungslos. Mit anderen Worten, die Frage des Nichtraucherschutzes liegt offenbar jenseits der für den repräsentativdemokratischen Wettbewerb wichtigen Konfliktdimension.

Parteibindungen beeinflussen die Wahlentscheidung erwartungsgemäß in beträchtlichem Maße (Tabelle 3 und 4). Personen, die sich an eine Partei gebunden fühlen, würden sich bei einer Landtagswahl deutlich wahrscheinlicher als andere Personen für diese entscheiden. Spiegelbildlich dazu lässt eine Bindung an eine Partei die Entscheidung für konkurrierende Parteien weniger wahrscheinlich werden. Beispielsweise steigert eine Bindung an CSU (oder CDU) die Wahrscheinlichkeit, sich bei einer Landtagswahl für die CSU zu entscheiden, um rund 60%-Punkte, während sie vor allem Voten für SPD, Grüne oder Freie Wähler deutlich weniger wahrscheinlich werden lässt.

Deutlich anders stellen sich die Befunde beim Volksentscheid dar. Unter Kontrolle der anderen Prädiktoren wird den Bindungen an CSU und Grüne kein statistisch signifikanter Koeffizient zugewiesen. Für SPD- und FDP-Bindungen resultieren zwar statistisch signifikante negative Koeffizienten, denen jedoch keine substantiell relevanten Wirkungen auf die Wahrscheinlichkeit, mit Ja zu stimmen, entsprechen. Ehe man daraus folgert, Parteibindungen seien für das Abstimmungsverhalten bedeutungslos gewesen, muss man allerdings den Einwand entkräften, die Parteibindungen könnten nach Kontrolle der logisch sehr nahe am Abstimmungsverhalten liegenden Einstellungen zum Nichtraucherschutz und zu staatlicher Intervention keine Rolle mehr spielen, hätten jedoch diese Einstellungen beeinflusst, so dass die Aufnahme dieser Merkmale in das Modell zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Parteibindungseffekts führe. Entfernt man die referendumsspezifischen Einstellungen aus dem Modell (Modell 2 und 4 in Tabelle 2), resultieren wenige statistisch signifikante Koeffizienten für Parteibindungen, denen jedoch keine substantiell bedeutsamen Effekte auf das Abstimmungsverhalten entsprechen. Daher bleibt festzuhalten, dass Parteibindungen das Stimmverhalten beim Volksentscheid praktisch überhaupt nicht beeinflussen.

Einstellungen zu bayerischen Spitzenpolitikern entfalten erwartungsgemäß erhebliche Wirkungen auf die hypothetische Wahlentscheidung. So wollen Befragte umso wahrscheinlicher für die CSU stimmen, je besser sie deren Vorsitzenden beurteilen. Zugleich mindert eine gute Bewertung Seehofers die Chance anderer Parteien, insbesondere aber der

Grünen, eine Stimme zu erhalten (Tabelle 3). Wie Tabelle 4 zeigt, lassen sich unter den vergleichsweise wenigen Befragten, die Florian Pronold und Martin Zeil kennen, ähnliche Effekte von Einstellungen zu diesen bayerischen Politikern feststellen. Vorteilhafte Bewertungen dieser beiden Politiker scheinen vor allem die Wahrscheinlichkeit zu steigern, dass sich Befragte für die SPD bzw. die FDP entscheiden.

Diese Befunde, die an sich wenig bemerkenswert, da vielfach belegte Standardergebnisse der Wahlforschung sind, stehen in deutlichem Kontrast zu den Ergebnissen der Volksentscheidsanalyse. Einstellungen zum bayerischen Ministerpräsidenten bleiben ohne jede Wirkung auf dieses Votum. Selbst wenn man die Einstellungen zu Nichtraucherschutz und staatlicher Intervention aus dem Modell entfernt, ist keine Wirkung der Einstellungen zum CSU-Vorsitzenden zu erkennen. Dasselbe Muster findet sich bei den Einstellungen zu den Vorsitzenden von SPD und FDP. Wie sich eine Person bei der Volksabstimmung entscheidet, ist unabhängig davon, wie sie Florian Pronold und Martin Zeil beurteilt. Im Falle Seehofers lässt sich das Ausbleiben eines Effekts darauf zurückführen, dass der CSU-Vorsitzende zur Verschärfung des Nichtraucherschutzes vor dem Volksentscheid ausdrücklich nicht Stellung bezog. Die anderen beiden Politiker ergriffen dagegen eindeutig Partei. Allerdings scheinen die Kampagnen vor dem Volksentscheid eine so geringe Durchschlagskraft erzielt zu haben, dass die Positionen der Politiker nicht bekannt¹⁷ oder als Entscheidungshilfen nicht wichtig genug waren.

Insgesamt zeichnen sich für die Wahl- und die Abstimmungsentscheidung völlig verschiedene Determinantenprofile ab. Auf die Wahlentscheidung entfalten Parteibindungen, Einstellungen zu Spitzenpolitikern sowie die Links-Rechts-Selbsteinstufung die erwarteten starken Wirkungen, bleiben jedoch praktisch ohne Wirkung auf das Stimmverhalten beim Volksentscheid. Komplementär dazu tragen referendumsspezifische Sachfragenorientierungen ganz erheblich zur Erklärung des Stimmverhaltens beim Volksentscheid bei, leisten jedoch praktisch keinen Beitrag zur Erklärung des Wahlverhaltens.

5. Schlussbemerkungen

Ziel dieser Abhandlung ist es zu klären, welchen Beitrag Determinanten des Wahlverhaltens leisten können, Verhalten von Bürgern in direktdemokratischen Verfahren und speziell bei

¹⁷ Lediglich ein Drittel derjenigen Befragten, die Pronold bewerteten, schätzten seine Haltung zum Volksentscheid richtig ein; in Zeils Fall liegt der Anteil mit gut einem Viertel noch etwas niedriger.

Volksentscheiden zu erklären. Die Analyse am Beispiel des Volksentscheids zum Nichtraucherschutz in Bayern zeigte, dass die Determinanten politischen Verhaltens in beträchtlichem Maße verfahrensspezifisch variieren. Betrachtet man die Bestimmungsgründe der Teilnahmeentscheidungen bei Landtagswahl und Volksentscheid, sind neben erheblichen Unterschieden hinsichtlich parteien- und politikerbezogener Orientierungen einige Ähnlichkeiten erkennbar. In Bezug auf die Wahl- und die Stimmentscheidung wurden dagegen vollkommen verschiedene Determinantenmuster nachgewiesen. Insgesamt legt die Analyse daher den Schluss nahe, dass Befunde zum Wahlverhalten nicht unbesehen auf Verhalten bei Abstimmungen übertragen werden können.

Die Ursachen für die Unterschiede zwischen den Ergebnissen zu Volksentscheid und Wahl dürften – soweit dies in einer Einzelfallstudie zu klären ist – im Gegenstand des Volksentscheids und dessen politisch-kommunikativer Bearbeitung zu suchen sein. Parteien und Politiker, also die zentralen korporativen und individuellen repräsentativdemokratischen Akteure, hielten sich im Abstimmungskampf merklich zurück. Zudem wurde der Nichtraucherschutz im Abstimmungskampf nicht entlang der in der repräsentativdemokratischen Arena vorherrschenden Konfliktlinien verhandelt. Diese Konstellation kann, aber muss nicht zwangsläufig bei anderen Volksentscheiden auftreten. Daher können die Ergebnisse nicht unbesehen auf andere Volksentscheide übertragen werden. Vielmehr ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine ähnliche Konstellation vorliegt. Insoweit sind konditionale Aussagen möglich: Halten sich Parteien und deren Politiker in Volksentscheidskampagnen zurück und verläuft die Auseinandersetzung darin entlang anderer Konfliktlinien als im Parteienwettbewerb und damit in Wahlkämpfen, ist mit erheblichen Unterschieden zu den vom Wahlverhalten bekannten Regelmäßigkeiten zu rechnen. Soweit sich die repräsentativ- und die direktdemokratische Arenen in diesen Hinsichten einander annähern oder gar zu einer verschmelzen, sollten auch die Unterschiede zwischen den wahl- und abstimmungsbezogenen Verhaltensregelmäßigkeiten der Bürger kleiner werden.

Die zuletzt genannte Konstellation kann dadurch zustande kommen, dass in der direktdemokratischen Arena erfolgreiche politische Unternehmer in die repräsentativdemokratische eintreten und bei Wahlen kandidieren. Umgekehrt können Parteien direktdemokratische Verfahren stärker als Instrumente begreifen, die im Parteienwettbewerb taktisch oder strategisch genutzt werden können, um ihre Chancen im Wettbewerb um Wählerstimmen zu verbessern (z.B. Budge 2001). Beides ist in Bayern in Ansätzen, aber nicht in voller Ausprägung zu beobachten. So bedient sich etwa die ÖDP seit

einiger Zeit recht erfolgreich direktdemokratischer Verfahren, um Policy-Anliegen durchzusetzen (Weixner 2011). Allerdings ist es ihr bislang kaum gelungen, ihre direktdemokratischen Erfolge in Wahlerfolge umzumünzen, die ihr den Weg in den Landtag geebnet hätten.¹⁸ Auch in anderen deutschen Bundesländern scheinen sich die beiden Arenen noch nicht so stark angenähert zu haben, wie es in anderen europäischen Staaten zu beobachten ist (Hornig 2011). Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich in Deutschland die expliziten und impliziten Regeln des Interessenvermittlungsprozesses im Allgemeinen und des Parteienwettbewerbs im Besonderen verändern werden, wenn direktdemokratische Verfahren mit gleicher oder sogar noch größerer Intensität genutzt werden.

Die Aussagekraft der vorgestellten Ergebnisse unterliegt verschiedenen Einschränkungen. In der empirischen Analyse wurden Abstimmungs- und Wahlverhalten auf der Grundlage von Daten verglichen, die während eines Abstimmungskampfes erhoben wurden. Daher dürften die Daten gut geeignet sein, Abstimmungsverhalten und dessen Determinanten angemessen zu untersuchen. Im Hinblick auf das Wahlverhalten ist das nicht garantiert, da sich der Abstimmungskampf von einem Wahlkampf deutlich unterschied und daher womöglich kontextbedingt die bekannten Muster im Wahlverhalten nicht oder nicht in der üblichen Ausprägung auftraten. Mit anderen Worten: Da die Daten in politisch-kommunikativer Hinsicht vermutlich nicht unter funktional äquivalenten Bedingungen erhoben wurden, könnte der Vergleich der Verhaltensdeterminanten bei Wahl und Volksentscheid zu verzerrten Ergebnissen geführt haben. Eine zweite wesentliche Einschränkung resultiert aus der Konzentration auf einen Fall, nämlich den Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern. Schlussfolgerungen über institutionelle, politische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungsfaktoren müssen auf dieser Grundlage notwendigerweise spekulativer Art sein.¹⁹ Um in dieser Hinsicht festeren Boden unter die Füße zu bekommen, sind systematische Vergleiche möglichst vieler Fälle unabdingbar. Nicht zuletzt aus diesem Grund sollten politikwissenschaftliche Verhaltensforscher künftig mit ebensolcher Selbstverständlichkeit Verhalten von Bürgern in direktdemokratischen Verfahren untersuchen, wie sie seit Jahrzehnten Wahlverhalten analysieren.

¹⁸ Ergänzende Analysen der Umfragedaten zeigen, dass ihr Erfolg beim Volksentscheid der ÖDP auch im Jahr 2010 praktisch keinen Rückenwind im Wettbewerb um die Wählergunst brachte.

¹⁹ Es kommt hinzu, dass man auf der Grundlage einer Beobachtung nicht entscheiden kann, ob manche Befunde auf Spezifika des Gegenstands „Nichtraucherschutz“ zurückzuführen sind.

Literatur

- Anderson, Barbara A./Silver, Brian D.*, 1986: Measurement and Mis-Measurement of the Validity of the Self-Reported Vote, in: *American Journal of Political Science* 30, 771-785.
- Benoit, Kenneth/Laver, Michael*, 2006: *Party Policy in Modern Democracies*. London.
- Bernstein, Robert/Chadha, Anita/Montjoy, Robert*, 2001: Overreporting Voting. Why It Happens and Why It Matters, in: *Public Opinion Quarterly* 65, 22-44.
- Bowler, Shaun/Donovan, Todd*, 1998: *Demanding Choices. Opinion, Voting and Direct Democracy*. Ann Arbor.
- Brettschneider, Frank*, 2002: Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden.
- Budge, Ian*, 2001: Political Parties in Direct Democracy, in: *Mendelsohn, Matthew/Parkin, Andrew* (Hrsg.), *Referendum Democracy. Citizens, Elites and Deliberation in Referendum Campaigns*. London, 67-87.
- Caballero, Claudio*, 2005: Nichtwahl, in: *Falter, Jürgen W. Falter/Schoen, Harald* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, 329-365.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E.*, 1954: *The Voter Decides*. Evanston, IL.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.*, 1960: *The American Voter*. New York.
- Clarke, Harold D./Kornberg, Alan*, 1996: Choosing Canada? The 1995 Quebec Sovereignty Referendum, in: *PS: Political Science and Politics* 29, 676-682.
- Clarke, Harold D./Kornberg, Alan/Stewart, Marianne C.*, 2004: Referendum Voting as Political Choice. The Case of Quebec, in: *British Journal of Political Science* 34, 345-355.
- Decker, Frank*, 2005: Die Systemverträglichkeit der direkten Demokratie. Dargestellt ab der Diskussion um die Einführung von plebiszitären Elementen in das Grundgesetz, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 15, 1103-1147.
- Eder, Christina*, 2010: Ein Schlüssel zum Erfolg? Gibt es ein Patentrezept für Volksentscheide in den deutschen Bundesländern?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 51, 43-67.
- Evers, Tilman*, 1991: Volkssouveränität im Verfahren. Zur Verfassungsdiskussion über direkte Demokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B23/91, 3-15.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald* (Hrsg.), 2005: *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried*, 1994: Der Nichtwähler – das unbekannte Wesen, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen, 161-213.

- Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie, 2010: Datenbank: Direkte Demokratie in den deutschen Bundesländern (<http://www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de/mediawiki/index.php/Hauptseite>), letzter Zugriff am 1.12.2010.
- Franklin, Mark N./Marsh, Michael/Wlezien, Christopher*, 1994: Attitudes toward Europe and Referendum Votes. A Response to Siune and Svensson, in: *Electoral Studies* 13, 117-121.
- Garry, John/Marsh, Michael/Sinnott, Richard*, 2005: "Second-order" versus "Issue-voting" Effects in EU Referendums, in: *European Union Politics* 6, 201-221.
- Goodin, Robert E./Tilly, Charles* (Hrsg.), 2008: *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis*. Oxford.
- Granberg, Donald/Holmberg, Sören*, 1988: *The Political System Matters. Social Psychology and Voting Behavior in Sweden and the United States*. Cambridge.
- Higley, John/McAllister, Ian*, 2002: Elite Division and Voter Confusion. Australia's Republic Referendum in 1999, in: *European Journal of Political Research* 41, 845-861.
- Hobolt, Sara Binzer*, 2009: *Europe in Question. Referendums on European Integration*, Oxford.
- Hornig, Eike-Christian*, 2011: *Die Parteiendominanz direkter Demokratie in Westeuropa*, Baden-Baden (im Erscheinen).
- Huber, Sandra/Rattinger, Hans*, 2005: Die Nichtwähler – ein besonderer Menschenschlag? Persönlichkeitseigenschaften in der Nichtwählerforschung, in: *Schumann, Siegfried* (unter Mitarbeit von *Harald Schoen*) (Hrsg.), *Persönlichkeit – Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, 157-172.
- Hug, Simon*, 2004: Occurrence and Policy Consequences of Referendums, in: *Journal of Theoretical Politics* 16, 321-356.
- Hug, Simon/Tsebelis, George*, 2002: Veto Players and Referendums Around the World, in: *Journal of Theoretical Politics* 14, 465-515.
- Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen M.*, 1994: Bedeutungsinvarianz und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“, in: *Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang* (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt/Main, 317-367.
- Johnston, Richard/Brady, Henry E.*, 2002: The Rolling Cross-Section Design, in: *Electoral Studies* 21, 283-295.
- Jung, Otmar*, 1997: Die Volksabstimmungen über die Länderfusion Berlin – Brandenburg. Was hat sich bewährt – wer ist gescheitert?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28, 13-20.

- Jung, Otmar*, 2002: Volksentscheid ins Grundgesetz? Die politische Auseinandersetzung um ein rot-grünes Reformprojekt 1998-2002, in: *Zeitschrift für Politik*, 49, 267-289.
- Jung, Sabine*, 2001: *Die Logik direkter Demokratie*. Wiesbaden.
- Kaase, Max*, 1997: Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: *Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand* (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*. Ein einführendes Studienbuch, 3. überarbeitete und ergänzte Auflage. Opladen, 159-174.
- Kam, Cindy D.*, 2007: When Duty Calls, Do Citizens Answer?, in: *Journal of Politics*, 17-29.
- Key, Vladimir O.*, 1966: *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960*. New York.
- Kirchgässner, Gebhard/Feld, Lars P./Savioz, Marcel R.*, 1999: *Die direkte Demokratie: modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel u.a.
- Kleinhenz, Thomas*, 1995: *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen.
- Kost, Andreas*, 2008: *Direkte Demokratie*. Wiesbaden.
- Kriesi, Hanspeter*, 2005: *Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*. Lanham u.a.
- LeDuc, Lawrence*, 2002a: Referendums and Initiatives, in: *LeDuc, Lawrence* (Hrsg.), *Comparing Democracies 2*. London u.a., 70-87.
- LeDuc, Lawrence*, 2002b: Referendums and Elections, in: *Farrell, David M./Schmitt-Beck, Rüdiger* (Hrsg.), *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Elections and Referendums*. London/New York, 145-162.
- LeDuc, Lawrence/Pammett, Jon H.*, 1995: Referendum Voting. Attitudes and Behaviour in the 1992 Constitutional Referendum, in: *Canadian Journal of Political Science* 28, 3-34.
- Mittendorf, Volker*, 2009: *Die Qualität kollektiver Entscheidungen*. Frankfurt.
- Oberreuter, Heinrich*, 2002: Direkte Demokratie und die repräsentative Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, in: *Zeitschrift für Politik* 49, 290-305.
- Pappi, Franz Urban/Shikano, Susumu*, 2007: *Wahl- und Wählerforschung*. Baden-Baden.
- Pehle, Heinrich*, 1998: Probleme einer plebiszitären Ergänzung des Grundgesetzes, in: *Gegenwartskunde* 3/98, 299-310.
- Schiller, Theo*, 2007: Direkte Demokratie auf Bundesländer- und Kommunalebene, in: *Freitag, Markus/Wagschal, Uwe* (Hrsg.), *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*. Münster, 115-150.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten/Holst, Christian*, 2006: Der Rolling Cross-Section Survey – ein Instrument zur Analyse dynamischer Prozesse der Einstellungsentwicklung, in: *ZUMA-Nachrichten* 58, 13-49.

Schoen, Harald, 2008: Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003, in: *Völkl, Kerstin/Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard/Gabriel, Oscar W.* (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden, 63-92.

Schoen, Harald, 2010: Eine eindeutige Entscheidung nach resonanzarmen Kampagnen. Überlegungen zum Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern, in: *Zeitschrift für Politikberatung* 3 (im Erscheinen).

Schoen, Harald/Weins, Cornelia, 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Falter, Jürgen W./Schoen, Harald* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, 187-242.

Schoen, Harald/Glantz, Alexander/Teusch, Rebecca, 2011: Abstimmungskampf, Informationsvermittlung und Stimmentscheidung beim Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern, in: *Feld, Lars P./Huber, Peter M./Jung, Otmar/Welzel, Christian/Wittreck, Fabian* (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie 2010*. Baden-Baden (im Erscheinen).

Selb, Peter/Kriesi, Hanspeter/Hänggli, Regula/Marr, Mirko, 2009: Partisan Choices in a Direct-Democratic Campaign, in: *European Political Science Review* 1, 155-172.

Sinnott, Richard, 2002: Cleavages, Parties and Referendums. Relationships Between Representative and Direct Democracy in the Republic of Ireland, in: *European Journal of Political Research* 41, 811-826.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2010: Wahlen in Hamburg (<http://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/>), letzter Zugriff am 1.12.2010.

Steinbrecher, Markus, 2009: *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden.

Teorell, Jan/Torcal, Mariano/Montero, José Ramón, 2007: Political Participation. Mapping the Terrain, in: *van Deth, Jan W./Montero, José Ramón/Westholm, Anders* (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. London, 334-357.

Van Deth, Jan W., 2009: Politische Partizipation, in: *Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea* (Hrsg.), *Politische Soziologie. Eine Einführung*. Wiesbaden, 141-161.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E., 1995: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA.

Walter-Rogg, Melanie, 2008: Direkte Demokratie, in: *Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine* (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, 3., akt. u. erw. Auflage. Wiesbaden, 236-267.

Weixner, Bärbel Martina, 2011: Nichtraucherschutz in Bayern – der Weg eines erfolgreichen Volksbegehrens und Volksentscheids im Freistaat, in: *Feld, Lars P./Huber, Peter M./Jung, Otmar/Welzel, Christian/Wittreck, Fabian* (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2010. Baden-Baden (im Erscheinen).

Zaller, John R., 1992: *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge.

Tabelle 1: Bestimmungsgründe der Abstimmungs- und Wahlbeteiligung in Bayern 2010
(binäre logistische Regressionsanalysen)

	Wahl	Abstimmung
Wahlnorm	1,42** (,20)	1,00** (,17)
Politisches Interesse	1,16** (,29)	1,04** (,22)
Kompetenzüberzeugung	,62 (,32)	,43 (,25)
Responsivitätsüberzeugung	1,04** (,38)	,42 (,26)
Parteiidentifikation (Ref.: keine PI)		
- schwach	1,09** (,15)	,18 (,11)
- stark	2,34** (,26)	,31* (,12)
Formale Bildung (Ref.: mittel)		
- niedrig	,03 (,16)	-,10 (,12)
- hoch	,32 (,16)	,29* (,11)
Geschlecht (Ref.: Mann)	-,69** (,14)	,19 (,10)
Alter	-,002 (,02)	,05** (,02)
Alter quadriert	-,0001 (,0002)	-,0005** (,0002)
Konstante	-,54 (,57)	-2,25** (,42)
-2 LL _{Nullmodell}	3172,3	4648,8
Modell- χ^2	636,4	287,8
Korr. Pseudo-R ² (McFadden)	0,19	0,06
N	3805	3805

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern.
Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01.

Tabelle 2: Bestimmungsgründe des Abstimmungsverhaltens beim Volksentscheid in Bayern 2010 (binäre logistische Regressionsanalysen)

	Seehofer		Seehofer, Pronold, Zeil	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Nichtraucherschutz	9,38** (,69)	--	8,80** (1,16)	--
Intervention	2,91** (,41)	--	1,76* (,74)	--
Links-Rechts- Position	-,55 (,47)	-,22 (,35)	-,14 (,90)	,31 (,69)
Seehofer	,29 (,40)	-,46 (,25)	,75 (,69)	-,57 (,50)
Pronold	--	--	-,07 (,64)	,20 (,50)
Zeil	--	--	-,54 (,63)	-,16 (,53)
Parteiidentifikation (Ref.: keine, andere PI)				
-CSU	-,03 (,22)	,13 (,16)	-,12 (,41)	,13 (,31)
-SPD	-,47* (,23)	-,16 (,18)	-,17 (,44)	,37 (,34)
-FDP	-,78* (,34)	-,63 (,34)	-,88 (,58)	-1,23* (,59)
-Grüne	-,16 (,35)	,56* (,22)	,68 (,59)	,85* (,40)
Konstante	-4,62** (,43)	1,15** (,21)	-4,11** (,78)	,99* (,48)
-2 LL _{Nullmodell}	2334,1	2334,1	661,4	661,4
Modell- χ^2	1024,5	27,3	262,1	18,6
Korr. Pseudo-R ² (McFadden)	0,43	0,01	0,36	0,001
N	2041	2041	636	636

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern.

Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$.

Tabelle 3: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung in Bayern 2010 (multinomiale logistische Regressionsanalyse)

	SPD	FDP	Grüne	Freie Wähler	Linke
Nichtraucherschutz	-,57 (,62)	-,55 (,77)	,61 (,58)	-,09 (,62)	,13 (,92)
Intervention	,59 (,61)	-,35 (,94)	,41 (,56)	,87 (,58)	-1,41 (,76)
Links-Rechts-Position	-3,60** (,61)	-1,39 (,93)	-2,46** (,70)	-,95 (,61)	-8,30** (,99)
Seehofer	-2,61** (,53)	-2,12** (,64)	-3,81** (,46)	-2,70** (,50)	-3,43** (,77)
Parteiidentifikation (Ref.: keine, andere PI)					
-CSU	-2,68** (,35)	-2,02** (,37)	-2,69** (,30)	-3,08** (,27)	-3,28** (,60)
-SPD	4,13** (,52)	1,06 (,89)	1,46** (,56)	-,20 (,64)	,91 (,65)
-FDP	-1,30 (,89)	4,08** (,57)	-,04 (,92)	,02 (,75)	-,86 (1,20)
-Grüne	,96 (,72)	-13,71** (,64)	3,44** (,63)	-2,86* (1,18)	,27 (,79)
Konstante	2,85** (,54)	1,19 (,67)	2,86** (,50)	1,96** (,53)	4,86** (,75)
-2 LL _{Nullmodell}	5991,8				
Modell- χ^2	2494,2				
Korr. Pseudo-R ² (McFadden)	0,40				
N	2041				

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01. In der multinomialen logistischen Regression dient die CSU-Wahl als Referenzkategorie.

Tabelle 4: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung in Bayern 2010 (multinomiale logistische Regressionsanalyse)

	SPD	FDP	Grüne	Freie Wähler	Linke
Nichtraucherschutz	,95 (1,29)	-,34 (1,70)	1,25 (1,07)	1,89 (1,15)	1,59 (1,60)
Intervention	1,07 (1,17)	-,18 (1,79)	,50 (1,02)	-,43 (,99)	,75 (1,35)
Links-Rechts-Position	-6,31** (1,49)	-1,47 (1,55)	-5,43** (1,33)	-3,02 (1,21)	-16,33** (2,70)
Seehofer	-2,74** (1,14)	-3,94** (1,33)	-4,01** (,92)	-2,98** (,96)	-2,12 (1,47)
Pronold	4,96** (1,38)	,66 (1,30)	1,33 (,98)	1,00 (,92)	2,59 (1,63)
Zeil	-1,60** (1,40)	4,99** (1,49)	-,46 (1,12)	,33 (1,11)	-2,53 (1,55)
Parteiidentifikation (Ref.: keine, andere PI)					
-CSU	-2,19** (,70)	-2,15** (,59)	-3,18** (,54)	-2,95** (,48)	-17,35** (1,25)
-SPD	3,09** (,89)	,34 (1,62)	,14 (,97)	-2,02 (1,35)	-1,55 (1,27)
-FDP	-,77 (1,29)	2,33* (,94)	,11 (1,21)	-,92 (1,08)	-,00 (1,91)
- Grüne	-2,20 (1,23)	-14,77** (,84)	1,85* (,73)	-16,38** (,74)	-2,90* (1,33)
Konstante	1,57 (1,45)	-,62 (1,27)	4,35** (1,13)	2,52* (1,16)	5,81** (1,41)
-2 LL _{Nullmodell}	1771,2				
Modell- χ^2	879,3				
Korr. Pseudo-R ² (McFadden)	0,42				
N	636				

Angegeben sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01. In der multinomialen logistischen Regression dient die CSU-Wahl als Referenzkategorie.

Angaben zum Autor:

Prof. Dr. Harald Schoen, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbes. Politische Soziologie, 96045 Bamberg. E-Mail: harald.schoen@uni-bamberg.de

(Muster:

Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Universität Mannheim, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft – Politische Soziologie, 68131 Mannheim. Email: Schmitt-beck@uni-mannheim.de)